

Beschluss der Juso-Landeskonferenz 2011

Zur Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag

Sozialer Aufstieg durch Bildung:

Wir wollen gute Ausbildung in Hessen!

Seit Jahren ist bekannt: Das Bildungssystem in Deutschland und Hessen ist leistungsschwach und ungerecht. Das hessische Bildungswesen ist in seiner heutigen Verfassung nicht zukunftsfähig.

Wir benötigen umfassende Reformen im Bildungssystem, damit

- * alle Kinder und Jugendlichen gefördert werden und kein Kind zurückgelassen wird
- * der Bildungserfolg nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängt
- * mehr junge Menschen einen höheren Bildungsabschluss erreichen
- * Ausbildungsberufe ein ökonomisch unabhängiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen
- * in bildungsökonomischer Sicht mehr Fachkräfte herangebildet werden
- * durch konsequente Inklusion auch Kinder mit Behinderung in die Regelschule integriert werden.

Deshalb fordern wir auf allen Ebenen des Bildungssystems umfassende Reformschritte. Es ist an der SPD das Versprechen des sozialen Aufstiegs durch Bildung wieder mit Leben zu füllen, indem wir klare Konzepte zur Verwirklichung von Chancengleichheit erarbeiten und dann auch den Mut haben, diese durchzusetzen – von der Krippe bis zum lebenslangen Lernen.

Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen für gute Ausbildung in Hessen:

1. Wir werden die von CDU und FDP abgeschaffte Verbundausbildung in Hessen wieder einführen. Die Landesmittel werden wieder in der ursprünglichen Höhe eingestellt.

Die Landesförderung der Verbundausbildung war ein bei Gewerkschaften, Arbeitgebern und Betrieben seit 1996 anerkanntes Erfolgsmodell, mit dem gerade in kleinen und mittleren Unternehmen dringend notwendige Ausbildungsplätze geschaffen wurden. Es ist ein Skandal, dass die schwarz-gelbe Landesregierung zwar bei den Mitteln für die

Ausbildungsförderung kürzt, aber vermeintliche Eliteeinrichtungen wie die European-Business-School massiv mit Landesmitteln fördert.

2. Wir werden die Kürzungen von CDU und FDP bei der regionalen Ausbildungsförderung von 17,3 Mio. € auf 10 Mio. € innerhalb der ersten 100 Tage nach der Regierungsübernahme zurücknehmen. Wir wollen die Mittel zur regionalen Ausbildungsförderung benachteiligter Jugendlicher aufstocken.

Die regionale Ausbildungsförderung zielt vor allem auf die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher ab. Ein Berufsabschluss mit einer Ausbildung ist für die Zielgruppe benachteiligter Jugendlicher wesentliche Voraussetzung, um später ein selbstbestimmtes und ökonomisch unabhängiges Leben zu führen. Indem die schwarz-gelbe Landesregierung hier Zukunftschancen kaputt spart, produziert sie ALG-2-Empfänger von morgen und verursacht damit weit höhere Kosten für den Sozialstaat. Sinnvoller für die Betroffenen und mittelfristig auch ökonomisch vernünftiger ist es, vorsorgend in Zukunftschancen und damit in die jungen Menschen in Hessen zu investieren.

3. Wir werden uns nach der Regierungsübernahme in Hessen im Bundesrat für eine Umlagefinanzierung in der Ausbildung einsetzen. Zur Überwindung der Ausbildungskrise schlagen wir ein Zertifikate-System vor.

Eckpunkte des Zertifikate-Handels sind:

- **Durch die neue Umlagefinanzierung mit Zertifikaten wird gleichzeitig allen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz geboten und zudem werden Verwaltungskosten vermieden.**
- **Im Rahmen des unbürokratischen Modells der Ausbildungs-Zertifikate legt der Staat eine gesellschaftlich notwendige Zahl an Ausbildungsplätzen fest, so dass den juristischen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu Auswahlmöglichkeiten für Berufsanfänger entsprochen wird. Demnach wird eine Gesamtanzahl an Ausbildungszertifikaten in Umlauf gebracht.**
- **Je nach Unternehmensgröße müssen Unternehmen dann eine bestimmte Anzahl an Ausbildungsplätzen anbieten, für die sie ein Zertifikat erhalten. Unternehmen, die ausbilden erhalten dafür ein Zertifikat und können dieses an andere Unternehmen weiterverkaufen. Unternehmen, die nicht ausbilden dagegen müssen Zertifikate erwerben und halten.**

Deutschland befindet sich in einer dramatischen Ausbildungskrise: 1,5 Mio. junge Menschen zwischen 20- 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und nur 24% der Unternehmen bilden aus. Freiwillige Selbstverpflichtungen wie durch den

„Ausbildungspakt“ sind gescheitert. Auch durch das Warteschleifen-System der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden junge Menschen nicht passgenau gefördert.

Bei den heutigen Ausbildungsverhältnissen würde die Ausbildungsplatzumlage mit Zertifikaten eine Lastenverteilung zu Gunsten von kleinen und mittelständischen Unternehmen bedeuten, da Großunternehmen heute oftmals erst fertig ausgebildete Fachkräfte von mittelständischen Unternehmen abwerben. Durch die „Markt-Lösung“ des Zertifikate-Handels werden zudem bürokratischen Mehrkosten vermieden.

4. Wir werden die Berufsschulpflicht wieder auf das 18. Lebensjahr anheben. Dazu werden wir § 62 Nr. 3 des Hessischen Schulgesetzes wieder in die Fassung des Jahres 2004 ändern:

„§ 62

(3) Jugendliche, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, sind für die Dauer von drei Jahren, längstens bis zum Ende des Schulhalbjahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, berufsschulpflichtig.

Auf Antrag können sie von der Schulleiterin oder dem Schulleiter aus wichtigem Grund, insbesondere zur Aufnahme einer Berufstätigkeit, von der Pflicht zum Besuch der Berufsschule befreit werden. Sie sind nach Vollendung des 18. Lebensjahres zum weiteren Besuch der Berufsschule berechtigt.“

Durch die Aufhebung der Berufsschulpflicht hat sich der Übergang von Schule in Beruf dramatisch verschlechtert. Schulabbrecher und junge Menschen ohne Berufsausbildungsverhältnis erhalten keinerlei regelmäßige pädagogische Begleitung bei ihrem Weg in das Berufsleben.

5. Um die zusätzliche Welle an Bewerberinnen und Bewerbern für Ausbildungsplätze in Hessen durch die „G8-Jahrgänge“ in den Jahren 2012 bis 2014 zu bewältigen, werden wir die Ausbildungsquote in Landeseinrichtungen erhöhen und mit finanziellen Anreizen darauf hinwirken, dass auch in kommunalen Einrichtungen die Ausbildungsquote entsprechend den Schulabgänger/innen erhöht wird.

In den Jahren 2012 bis 2014 werden wegen den Auswirkungen der Schulzeitverkürzung „G8“ gleichzeitig mehrere Abiturjahrgänge auf den Ausbildungsmarkt strömen. Selbst bei dem notwendigen Ausbau der Hochschulkapazitäten ist damit zu rechnen, dass auch auf den Ausbildungsmarkt zusätzlich zu den sonstigen und Altbewerbern neue Bewerber drängen. Es ist deshalb notwendig, dass auch die öffentliche Hand ihrer Verantwortung zu zusätzlichen Ausbildungsangeboten gerecht wird und die vorhandenen Ausbildungskapazitäten ausbaut.